

Maturandin reüssiert mit Podium

Sarnen Ein Podium als Maturaarbeit. Alina De Col aus Kerns lud hochkarätige Vertreterinnen zur Diskussion über das Kopftuch in unserer Gesellschaft.

Marion Wannemacher
marion.wannemacher@
obwaldnerzeitung.ch

«Das Thema Kopftuch hat mich von Anfang an interessiert», erklärt Alina De Col. «Ich wollte als Maturaarbeit eine Veranstaltung machen, etwas, das relevant ist.» Die eineinhalb Stunden Podiumsdiskussion sind nicht nur für die Maturandin wie im Flug vergangen. «Die Diskussion zeigt, wie breit das Thema ist», sagt sie in der Abschlussrunde an das Publikum gewandt. Der 18-jährigen Kernserin ist es am Donnerstagabend gelungen, vier hochkarätige Vertreterinnen verschiedenster Positionen an einen Tisch zu bringen. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Die Kantonsschule lädt ein» fand sie Unterstützung bei Prorektor Thomas Peter und Kunstlehrer Manuel Bhend.

Aus Glaubensgründen fürs Kopftuch entschieden

In einem Referat zur Geschichte des Kopftuchs erläuterte Silvia Martens, Islamwissenschaftlerin an der Universität Luzern, dass das Kopftuch religiöse und soziale Funktionen habe und ursprünglich weit verbreitet auch im Christentum (beispielsweise bei Ordensfrauen) und anderen Religionen sei. «Das Kopftuch an sich ist nicht fremd in unserer Gesellschaft und ist auch nicht das Problem», sagt Martens. «Das Kopftuch im Islam steht für etwas, woran sich die Gemüter erhitzen.» Häufig würden verschiedene Stellen im Koran zitiert, wenn es um die Verschleierungspflicht gehe. Diese würden aber nicht die Körperstellen explizit benennen. Eine wichtige Quelle für die Religionsausübung sei die Überlieferung des Propheten Mohammed, nach der es heisse, dass man von einer Frau nur Gesicht und Hände sehen solle.



Die Teilnehmerinnen am Kopftuch-Podium: Jasmin El Sonbati, Gründungsmitglied Forum für einen fortschrittlichen Islam; Monika Rüeegg, Präsidentin SVP Obwalden; Maturandin Alina De Col; Serpil Yasar, Islamischer Frauenverein Luzern; Silvia Martens, Islamwissenschaftlerin Uni Luzern (von links nach rechts).
Bild: Marion Wannemacher (Sarnen, 17. November 2016)

«Für mich ist der Hidschab eine Identität und Ehre, ich fühle mich damit wohl.»

Serpil Yasar
Islamischer Frauenverein LU

Als Präsidentin des Islamischen Frauenvereins Luzern schilderte Serpil Yasar ganz persönlich, wie sie sich für den «Hijab», die Verhüllung, aus eigener Überzeugung nach der Pubertät aus Glaubensgründen entschieden habe. Serpil Yasar ist in einer muslimischen Familie in der Schweiz aufgewachsen. «Für mich ist der Hijab eine Identität und Ehre, ich fühle mich damit wohl», erklärte sie.

Zunehmender gesellschaftlicher Druck

Jasmin El Sonbati, Mitgründerin des Forums für einen fortschritt-

lichen Islam, die das Buch «Geht der Islam zur Schweiz» verfasste hat, belegte eindrücklich den zunehmenden gesellschaftlichen Druck auf junge Frauen, sich zu verschleiern. Die in Wien geborene Ägypterin, die mit ihrer Familie in den Siebzigern in die Schweiz kam, zeigte Bilder der Studenten der Universität Kairo. 1959 und 1978 trägt darauf keine einzige Frau Kopftuch. Auf einem Bild von 1995 tragen die ersten Studentinnen Kopftücher, 2004 alle.

Für sie sei es fiktiv, zu hören, dass Haare sexuelle Reize bei Männern auslösten. Zum Thema

«Das brauchen wir nicht, das kommt einer Unterdrückung gleich und passt nicht zu unserer Kultur.»

Monika Rüeegg
Präsidentin SVP Obwalden

Kopftuch sagte sie: «Das brauchen wir nicht, das kommt einer Unterdrückung gleich und passt nicht zu unserer Kultur», sagte Monika Rüeegg, Präsidentin der SVP Obwalden. Sie sehe keinen Mann, der durch den Anblick von Haaren zum Täter werde. Jasmin El Sonbati konterte mit dem Glaubensartikel der Verfassung. «Ich bin nicht einverstanden mit Ihnen, wenn Sie sagen, bei uns in der Schweiz möchte ich das nicht. Ich glaube nicht, dass es an Ihnen ist, das zu wollen», sagte Sonbati. Die Schweiz sei doch ein Land in dem Diversität Teil der Gesellschaft sei. Das Kopftuch sei kein Angriff, betonte Serpil Yasar. Die Zahl der Blick und Flirtversuche von Männern ihr gegenüber sei zurückgegangen, seit sie ein Kopftuch trage. Sie fühle sich geschützt.

«Was nimmt Ihnen Frau Yasar?»

Souverän griff Alina De Col als Moderatorin ein und fragte, ob die Kopftuchdebatte nicht gar eine Stellvertreterdebatte sei, ob es nicht etwa um andere Ängste gehe. Monika Rüeegg brachte ihre Bedenken auf den Punkt, indem sie sagte: «Wie viel Toleranz verträgt der Schweizer?» In einer Publikumsrunde fragte eine junge Frau die SVP-Präsidentin: «Was nimmt Ihnen Frau Yasar?» Monika Rüeegg antwortete: «Sie nimmt mir nichts, es geht um den Stellenwert der Frau.»

In einer Abschlussrunde, was sich die Teilnehmerinnen für die Zukunft wünschten, äusserte Serpil Yasar die Hoffnung, dass es auch in Zukunft Frauen mit Kopftuch geben dürfe. Monika Rüeegg wünschte sich «ein erträgliches Zusammenleben und dass es die Kopftuchdebatte am Schluss nicht mehr braucht.»

Nun auch Online-Anmeldung möglich

Nidwalden Der Kanton hat die Gewerbebetriebe aufgerufen, Verbesserungsvorschläge zum Bürokratieabbau einzureichen. Diese liessen sich nicht zweimal bitten.

Die Nidwaldner Gewerbebetriebe sind von einer zu grossen Regulierungsdichte mit entsprechenden Kosten übermässig betroffen. Dieser Meinung ist zumindest die Ennetbürger CVP-Landrätin Therese Rotzer. In ihrem Vorstoss vom Januar 2015 fragte sie den Regierungsrat unter anderem an, wo er bezüglich Bürokratie für klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) im Vergleich mit anderen Kantonen stehe.

Als Antwort auf den Vorstoss lancierte der Regierungsrat zusammen mit dem Nidwaldner Gewerbeverband eine breit angelegte Umfrage unter den Nidwaldner KMU. Die Volkswirtschaftsdirektion und der Nidwaldner Gewerbeverband schrieben über 600 Nidwaldner

Unternehmen an. 60 Unternehmen reichten eben so viele Verbesserungsvorschläge ein. Volkswirtschaftsdirektor Othmar Filliger spricht von einer guten Resonanz. Zumal man dies nicht mit einer herkömmlichen Umfrage vergleichen dürfe. «Wenn sich jemand nicht an der Umfrage beteiligte, kann das auch ein Zeichen von Zufriedenheit sei. Auf der Strasse fragten mich einige Gewerbetreibende, was diese Umfrage soll. Es laufe doch alles gut.»

Als Grundlage diente den angeschriebenen Unternehmen ein Fragebogen, auf dem sie mit kurzer Umschreibung Vorschriften, beziehungsweise Verfahren bemängelten und sie entweder als unnötig, unwirksam oder ineffizient klassifizierten konnten, inklusive allfälligen Verbesser-

ungsvorschlag. Auch durften sie den Grad der Zufriedenheit angeben, auch im Vergleich zu anderen Kantonen.

Das Fazit: Über 90 Prozent der Unternehmen sind eher oder sehr zufrieden mit dem Kanton, beziehungsweise mit den Vorschriften und Verfahren der öffentlichen Verwaltung in Nidwalden, heisst es in der Auswertung. Mit diesem Wert schneide Nidwalden im Vergleich mit anderen Kantonen leicht besser ab.

Oft sind dem Kanton die Hände gebunden

Eingegangen war ein bunter Strauss von Forderungen quer durch die Direktionen und Ämter. Über die betreffende Antwort des Kantons waren aber wohl nicht alle Absender erfreut. «In

«Wir wollen einen Online-Briefkasten einrichten, damit Unternehmen jederzeit ihre Vorschläge einreichen können.»



Othmar Filliger
Volkswirtschaftsdirektor

vielen Fällen können wir ein Gesetz oder Verfahren nicht ändern, weil es der Bund so vorgegeben hat», erklärt Othmar Filliger.

Wie ein roter Faden zog sich der Wunsch nach mehr Effizienz durch die Rückmeldungen. «Immer wieder wird ja die Bürokratie in der Verwaltung kritisiert. Wir wollten mit der Umfrage der Sache auf den Grund gehen, statt der Pauschalkritik konkret in Erfahrung bringen, wo der Schuh drückt. Das ist uns mit der Umfrage gelungen», lautet sein Resümee.

Und bereits hätten sich schon konkrete Verbesserungen ableiten lassen, die teilweise auch schon umgesetzt worden seien:

So können die Betriebe auf vielfältigen Wunsch ihre Lehrlinge ab dem Schuljahr 2017/18 on-

line an den Berufsschulen anmelden. In einem weiteren Schritt will man eine zentralschweizerische Lösung finden. Die Kontrolle der Händlerschilder durch das VSZ, welche aufgrund einer geänderten Vorschrift im vergangenen Jahr nun alle fünf Jahre stattfindet, soll beim nächsten Mal nicht mehr so umfangreich ausfallen. Für die nächste Kontrolle in fünf Jahren prüft der Kanton eine rein schriftliche Deklaration durch die Betriebe.

Bei der einmaligen Aktion soll es laut Othmar Filliger nicht bleiben. «Wir wollen einen Online-Briefkasten einrichten, damit Unternehmen jederzeit ihre Vorschläge einreichen können.»

Matthias Piazza
matthias.piazza@nidwaldnerzeitung.ch